

AUSLANDSINFORMATIONEN

kompakt

Der Blick nach Westen

Eine Bestandsaufnahme
zur transatlantischen
Partnerschaft

AUSLANDSINFORMATIONEN

1 | 2019 *kompakt*

Liebe Leserinnen und Leser,

die ersten zwei Jahre Donald Trumps als 45. Präsident der Vereinigten Staaten haben das Vertrauen der Europäer in die USA als Partner stark in Mitleidenschaft gezogen und die transatlantischen Beziehungen belastet. Die vorliegende Bestandsaufnahme zur amerikanischen Außenpolitik unter Trump, die sich der tatsächlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA in fünf Regionen und fünf Politikfeldern widmet, zeichnet dennoch ein differenziertes Bild mit einigen Lichtblicken. Während die Politik Trumps stärker national, unilateral und protektionistisch ausgerichtet und durch einen konfrontativen Stil geprägt ist, hat dies die Schnittmenge zwischen amerikanischen und deutschen Interessen zwar verringert, eine pragmatische Kooperation in wichtigen Politikbereichen aber nicht verhindert. Die Außenpolitik Trumps setzte in den vergangenen zwei Jahren in vielerlei Hinsicht die traditionellen Linien amerikanischer Politik fort. So ist auch die Wahrung der transatlantischen Partnerschaft, die für Deutschland insbesondere im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich alternativlos ist, nach wie vor möglich und nötig.

Viel historische Kontinuität in der Außenpolitik

Wie unsere Autoren zeigen, waren insbesondere die Sicherheits- und Russlandpolitiken der Trump-Administration überwiegend durch Kontinuität geprägt. So hat Trump – trotz allen rhetorischen Säbelrasselns – am wichtigsten transatlantischen Bündnis – der NATO – festgehalten. Mehr noch: Die Amerikaner haben in den vergangenen zwei Jahren ihre Präsenz in Europa zur Abschreckung Russlands wieder deutlich verstärkt. Auch der Kurs gegenüber China steht in vielerlei Hinsicht in Kontinuität zur bisherigen Außenpolitik, wenn er auch durch andere Mittel und deutlich aggressiver verfolgt wird. Mit dem Rückzug aus dem Nahen Osten knüpft Trump an die Politik Obamas an. Die Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran stellt eine Rückkehr zur traditionellen amerikanischen Nahostpolitik dar und „korrigiert“ die historische „Anomalie“ der Annäherung unter Obama. Ähnliches gilt für den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen. Die scheinbare, unilaterale Wende der amerikanischen Außenpolitik ist historisch betrachtet kein Bruch,

sondern folgt der traditionellen amerikanischen Logik, die das multilaterale System rein realpolitisch als Mittel zum Zweck – der Durchsetzung amerikanischer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen – betrachtet. Als klarer Bruch mit traditionellen Maximen amerikanischer Außenpolitik lässt sich der neue Protektionismus in der Handelspolitik identifizieren, wobei die kritische Haltung gegenüber der Welthandelsorganisation bereits aus der Zeit von Präsident George W. Bush stammt und stets auch handelskritische Stimmen innerhalb der USA Gehör fanden.

Ein neuer transaktionistischer Stil

Verändert haben sich in erster Linie der Stil und die Rhetorik des Präsidenten. Durch den transaktionistischen, teils erratischen Stil Trumps hat eine neue Logik Einzug in die US-Außenpolitik gehalten. Getreu seinem Wahlkampfmotto „America first“ – eine überspitzte Kontinuität des von Obama propagierten „Nationbuilding at home“ – wird die amerikanische Außenpolitik stärker an innenpolitischen Wählergruppen ausgerichtet. Die Politik Trumps ist Symptom eines tiefergreifenden innenpolitischen Wandels in den USA. Sie trägt der zunehmenden Spaltung der amerikanischen Gesellschaft Rechnung, die sich bereits seit mehreren Jahren abzeichnet und Resultat eines wirtschaftlichen und sozio-politischen Strukturwandels ist. Wie die amerikanischen Zwischenwahlen gezeigt haben, wird die Politik Trumps von einem beachtlichen Teil der amerikanischen Bevölkerung mitgetragen. Hierzu gehört auch die aggressive Rhetorik des Präsidenten, die diesen Kurs klar artikuliert.

Die transatlantischen Beziehungen sind alternativlos

Die transatlantischen Beziehungen werden – der Logik Trumps folgend – von US-Seite heute mehr denn je als Mittel zum Zweck und weniger als Wertepartnerschaft verstanden. Mit einem Kurswechsel der USA – auch über Trump hinaus – ist aufgrund der innenpolitischen Veränderungen nicht zu rechnen. Die mediale Fokussierung auf Trump sowie der Stil und die Rhetorik des

Präsidenten haben das Vertrauen in die USA als verlässliche Schutz- und Ordnungsmacht in Mitleidenschaft gezogen. Gleichzeitig bleiben die transatlantischen Beziehungen aus europäischer Sicht mit Blick auf andere Weltregionen und Werteverständnisse alternativlos. Die Kongruenz der gemeinsamen Interessen hat sich in den vergangenen zwei Jahren in den zehn untersuchten Bereichen verringert. Doch unsere Autoren zeigen, dass einer pragmatischen Kooperation in vielen Bereichen bislang nichts im Wege stand und weiterhin stehen wird. Dies betrifft in erster Linie die Zusammenarbeit im für Europa wohl wichtigsten transatlantischen Kooperationsfeld, der Sicherheitspolitik – insbesondere im Hinblick auf Russland und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auch im Bereich der Digitalisierung, dessen Bedeutung in Zukunft für beide Seiten noch weiter zunehmen wird, ist eine Kooperation möglich. Im Hinblick auf China und den Iran verfolgen die USA und Deutschland durchaus kongruente Ziele, streiten aber über die richtigen Mittel. Diametral gegenüber stehen sich die USA und Deutschland im Bereich der regelbasierten, multilateralen Ordnung – inklusive der Klima- und Entwicklungspolitik und des internationalen Handels – sowie mit Abstrichen auch im Hinblick auf das Vorgehen im Nahostkonflikt.

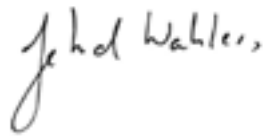
Die Wahrung der Partnerschaft ist möglich

In den nächsten zwei Jahren der Trump-Präsidentschaft wird es deshalb darauf ankommen, mit den USA im Dialog zu bleiben und die Beziehungen pragmatisch auszugestalten. Deutschland kann die für seine Interessen unerlässliche regelbasierte Weltordnung nicht ohne die USA und erst recht nicht gegen die USA verteidigen. Die föderalen Systeme und unterschiedlichen Akteurskonstellationen der beiden Länder bieten jedoch Möglichkeiten eines vielschichtigen Dialogs. Transatlantische Freundschaft heißt dabei nicht, durchgängig einer Meinung zu sein. Deutschland und die EU müssen Mut zur klaren Positionierung beweisen. Für die USA gilt der Wettbewerb der Ideen auch in der Politik. Sachliche Kritik wird in den USA – wenn nicht von allen, aber von vielen – auch als Stärke und Zeichen des Respekts verstanden. Themen von

gegenseitigem Interesse müssen daher konkretisiert, fundiert und auch in die Öffentlichkeit getragen werden. Im Hinblick auf die multilaterale Ordnung müssen Deutschland und die Europäische Union aktiv in die Bereiche vordringen, aus denen sich die USA zurückziehen. Mit dem Bemühen um multilaterale Partner – z. B. Kanada, Australien, die lateinamerikanischen Staaten und Japan – können die transatlantischen Beziehungen komplementiert, nicht aber ersetzt werden. Maßgeblich entscheidend für die Bewahrung der Beziehungen zu den USA wird sein, die Europäische Union nach innen und außen handlungsfähiger zu machen und mehr Verantwortungen in der internationalen Politik zu übernehmen. Die aktuelle „Entzauberung“ der transatlantischen Beziehungen kann hier als wichtiger Katalysator wirken.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in dark ink, reading "Gerhard Wahlers," with a stylized, cursive script.

Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

Der Blick nach Westen

BINNENPERSPEKTIVEN

8 ●
Der Fast-Forward-Präsident
Inwiefern Donald Trump vor allem
langfristige Trends beschleunigt
[Paul Linnarz](#)

10 ●
Ernüchterung
Die europäische Perspektive auf die
transatlantischen Beziehungen
[Olaf Wientzek](#)

REGIONALE PERSPEKTIVEN

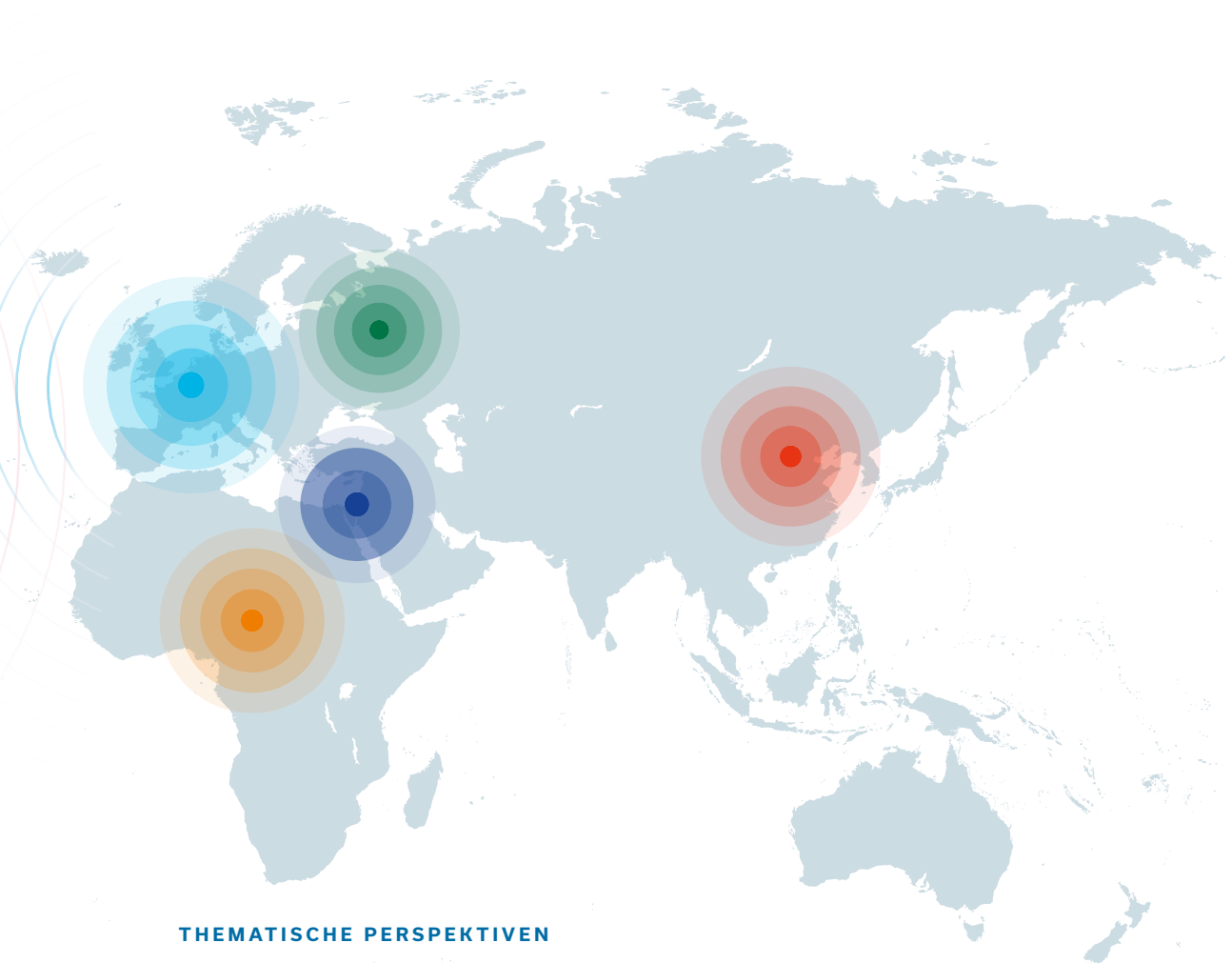
12 ● ● ●
Viel Rhetorik, wenig Wandel
Der Umgang mit Russland unter Trump
[Claudia Crawford](#) / [Philipp Dienstbier](#)

14 ● ● ●
Weniger Trump, mehr Europa!
Amerikas Schlagseite im Nahen Osten erfordert
ein stärkeres europäisches Engagement
[Edmund Ratka](#) / [Marc Frings](#) / [Fabian Blumberg](#)

16 ● ● ●
Viel Lärm um nichts
Trump's Afrikapolitik und ihre Folgen für
Europa
[Christoph Plate](#)

18 ● ● ●
Trump, China und Europa
Was vom „Pivot to Asia“ übrig blieb
[Rabea Brauer](#) / [Alexander Badenheim](#)

20 ● ● ●
Mehr als Mauern
Lateinamerikas Rolle im Dreieck
mit Europa und den USA
[Hans-Hartwig Blomeier](#) / [Patricio Garza Girón](#) /
[Christian E. Rieck](#)



THEMATISCHE PERSPEKTIVEN

22 ● ●

„America First“

Sicherheitspolitik in der Ära Trump

Nils Wörmer / Benjamin Fricke

24 ● ●

Ein transatlantisches Relikt?

Zur Zukunft der WTO und ihrer Rolle für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen

David Gregosz

26 ● ●

Zwischen Innovation und Regulierung

Zur Notwendigkeit transatlantischer Kooperation im digitalen Raum

Sebastian Weise

28 ● ●

America Alone

Transatlantische Herausforderungen im Bereich Klima und Energie

Céline-Agathe Caro

30 ● ●

Zerstörer der liberalen Weltordnung?

Trumps Unilateralismus und seine Folgen

Andrea E. Ostheimer



Der Fast-Forward-Präsident

Inwiefern Donald Trump vor allem
langfristige Trends beschleunigt

Paul Linnarz

Mit seinen Kurzmitteilungen per Twitter irritiert, brüskiert, ja schockiert US-Präsident Donald Trump nicht nur seine politischen Gegner im eigenen Land, sondern auch enge Verbündete im Ausland. Im Kern „neu“ sind viele seiner umstrittenen Positionen deshalb aber noch lange nicht: 2001 hatten die USA, damals unter George W. Bush, das Klimaschutz-Abkommen von Kyoto abgelehnt. Im Jahr darauf verabschiedete sich das Weiße Haus aus dem ABM-Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen. Iran wird auch nicht erst seit dem Amtsantritt von Donald Trump vorgeworfen, im Nahen und Mittleren Osten Terroristen zu unterstützen. Höhere Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte hatte Präsident Bush trotz internationaler Proteste bereits 2002 verhängt. Im darauffolgenden Jahr wurden die Einfuhrgebühren von der Welthandelsorganisation dann für unrechtmäßig erklärt. Die damalige Entscheidung der WTO prägt die kritische Haltung der

USA zu multilateralen Schlichtungsverfahren bis heute. Darüber hinaus geht auch die Entscheidung der NATO-Mitgliedstaaten, zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden, bereits auf das Jahr 2002 zurück. Die Bestätigung des Richtwerts fiel 2014 in die Amtszeit von Barack Obama. Dieser sprach, anders als heute, zwar nicht von „Make America Great Again“; seine Anhänger adressierte der demokratische Ex-Präsident aber schon vor Jahren mit der sinnverwandten Forderung nach „Nationbuilding here at home“. Kurzum: Die Erwartungen und Streitpunkte, um die im transatlantischen Verhältnis auf hoher und höchster politischer Ebene derzeit gerungen wird, haben fast durchgängig eine lange Vorgeschichte. Nicht umsonst ist in Regierungskreisen häufig die Rede davon, Donald Trump habe in vielen Bereichen gewissermaßen nur die „Fast Forward“-Taste gedrückt.

Polarisierung als Strategie

Dementsprechend spricht auch wenig dafür, dass die US-Regierung auf Bitten ihrer ausländischen Partner absehbar einen Kurswechsel einleiten oder „den Druck aus dem Kessel“ nehmen könnte. Auch die Zwischenwahlen Ende des letzten Jahres geben diesbezüglich keinen großen Anlass zur Hoffnung: Zwar stand der umstrittene Präsident 2018 stärker im Mittelpunkt als seine Vorgänger, Zustimmung (26 Prozent) und Ablehnung (34 Prozent) lagen bei Donald Trump aber näher beieinander als etwa bei Barack Obama 2014 (pro: 17, contra: 30 Prozent) oder 2006 bei George W. Bush (pro: 18, contra: 31 Prozent). Im Ergebnis verloren die Republikaner im November zwar ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus, konnten den Senat aber erfolgreich verteidigen – ein für Zwischenwahlen eher untypischer Erfolg, den Trump nicht zuletzt der für ihn typischen Strategie der Polarisierung verdankt. Die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft hat unter Trump indes weiter zugenommen: Bei den Zwischenwahlen gaben nur neun Prozent aller Wähler an, die USA seien stärker geeint, während 76 Prozent die Auffassung vertraten, die Gesellschaft bewege sich auseinander. Den US-Präsidenten stellt diese Entwicklung vor nicht unerhebliche Herausforderungen.

Konfrontationskurs absehbar

Gut möglich also, dass Donald Trump in den nächsten beiden Jahren gegen die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus einen harten Konfrontationskurs fahren wird, wie wir ihn zuletzt in der erbitterten Auseinandersetzung über den Haushalt und den Mauerbau an der Grenze zu Mexiko erlebt haben. Dieses Rezept zur Wiederwahl hatte erfolgreich schon Harry Truman angewendet, nachdem er die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses bei den Zwischenwahlen an die Republikaner abtreten musste. Einen harten Konfrontationskurs dürfte Trump insbesondere dann einschlagen, wenn die Demokraten ihn, wie es ein Journalist in seiner Frage ausdrückte, „mit einem Sturm von Vorladungen zu allem von der Russland-Untersuchung [...] bis zu Ihren Steuererklärungen“ überziehen.

„Wenn das passiert“, so Trump, „werden wir dasselbe tun und die Regierung kommt zum Stillstand.“ Die Schuld dafür liege in dem Fall bei den Demokraten, versicherte der Präsident. Ob sich deren Abgeordnete und Anhänger, zumal die weiblichen und die Vertreter der Minderheiten, mit den von Trump abgesteckten Chancen und Grenzen für die *checks and balances* arrangieren werden, ist im aufgeheizten und polarisierten Amerika derzeit fraglich. Die von Robert Kagan 2003 in „Of Paradise and Power“ aufgestellte These: „Amerikaner sind vom Mars und die Europäer von der Venus“ markiert heute im übertragenen Sinne jedenfalls auch die politischen Realitäten innerhalb der USA. „Stillstand“ können sich Demokraten und Republikaner trotz aller Meinungsunterschiede und Emotionen ebenso wie Europa und die USA dennoch nicht leisten. Am Ende würden beide verlieren.

Paul Linnarz ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington D.C.



Ernüchterung

Die europäische Perspektive auf die transatlantischen Beziehungen

Olaf Wientzek

Der anfängliche Schock nach den US-Präsidentenwahlen 2016 ist in der EU inzwischen Ernüchterung gewichen. Die europäischen Reaktionen auf die neuen transatlantischen Unwägbarkeiten sind vielfältig: mehr EU-Zusammenarbeit anstreben, gleichgesinnte Partner suchen, Reihen schließen, Dialogmöglichkeiten ausloten.

„Mit Freunden wie diesen, wer braucht da Feinde?“

Während sich einige Bedenken als übertrieben herausstellten, wurden andere bestätigt. Die Relativierung internationaler Institutionen und Abkommen sowie das unberechenbare Auftreten in wichtigen Formaten (G7) durch Washington wird in der EU mit großer Sorge gesehen. Die als konfrontativ und unberechenbar wahrgenommene Haltung der USA führt auch bei

überzeugten Transatlantikern zu großer Ernüchterung. Sinnbildlich dafür waren die Worte des Präsidenten des Europäischen Rats, Donald Tusk, im Mai 2018: „Die letzten Entscheidungen [...] betrachtend, könnte man denken: Mit Freunden wie diesen, wer braucht da Feinde?“

Reaktionen der EU

1. Mehr europäische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik: Der als erratisch empfundene außenpolitische Kurs Trumps verlieh den Überlegungen, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu stärken, neuen Elan. Ziel: Den beachtlichen Rückstand zu den USA in Forschung, Fähigkeiten und Einsatzbereitschaft nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Dennoch bleibt die EU vom in der 2016 beschlossenen Globalen Strategie formulierten Ziel einer „strategischen Autonomie“ noch

Lichtjahre entfernt. Insbesondere für die baltischen Länder aber auch für Polen sind die Sicherheitsgarantien durch die NATO nach wie vor ein wichtiger Garant für die eigene Unversehrtheit.

2. Mehr Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten: Angesichts des Rückzugs der USA aus mehreren multilateralen Formaten wurde eine engere Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten angestrebt. Das gelang vor allem in der Handelspolitik: Freihandelsabkommen mit Japan, eine grundsätzliche Einigung mit Mexiko sowie laufende Verhandlungen mit Australien und Neuseeland. In der Klimapolitik gelang es zumindest, u. a. mit China, Japan oder Kanada, den Willen zu einer ehrgeizigen Umsetzung des Klimaabkommens zu bekräftigen.

3. Reihen schließen: Bemerkenswert ist der Grad an Geschlossenheit innerhalb der EU bei Handelsfragen. Versuche, einen Keil zwischen die Europäer zu treiben, blieben bislang erfolglos. Die Politik der Trump-Administration hat eher dafür gesorgt, die Fliehkräfte innerhalb der EU zu schwächen, denn sie zu stärken.

4. USA weiterhin einbinden: Alternativen zur transatlantischen Partnerschaft sind dünn gesät. Rufe nach einer Politik der Äquidistanz zwischen den USA und Russland sind eher von den politischen Rändern zu vernehmen. Durch seine Rolle im Ukraine- und Syrienkonflikt hat Russland in den Augen vieler Europäer jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Auch der Vertrauensvorschluss gegenüber China ist begrenzt. Die Interessen in zentralen Politikbereichen sind zu unterschiedlich. Entsprechend bemüht sich die EU, den Gesprächsfaden mit den USA in mehreren Dossiers (u. a. WTO) wieder aufzunehmen und Kontakte auch jenseits des Weißen Hauses (Kongress, Zivilgesellschaft) zu pflegen.

5. Resonanz in der Parteienlandschaft: Der Einfluss des Trump-Erfolgs auf die europäische Parteienlandschaft ist noch nicht abschließend einzuschätzen. Einige rechtspopulistische Parteien hatten sich neuen Schub erhofft; dies ist aber nur eingeschränkt festzustellen. Auch Steve Bannons Initiative *The Movement* erfährt bislang nur begrenzt

Resonanz. Marine Le Pen etwa ist im Vorfeld der Europawahlen um Distanz bemüht. Die traditionell transatlantisch gesinnte Europäische Volkspartei (EVP) versucht es mit einer differenzierten Strategie: 1. Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft, 2. Pflege von Kontakten zu gleichgesinnten Stimmen im Kongress, 3. Entgegenkommen, wo die Kritik als gerechtfertigt wahrgenommen wird und 4. Widerstand, wenn die EU auf grundsätzlicher Ebene angegriffen wird.

6. Unterschiede bei den Mitgliedstaaten: Nicht alle Mitgliedstaaten zeigen sich gleichermaßen ernüchtert: Die polnische PiS-Regierung setzt etwa weiter auf amerikanische Militärpräsenz. Länderspezifische Unterschiede gibt es auch in der öffentlichen Meinung. Nach einer *Gallup*-Umfrage ist in den meisten Ländern das Misstrauen gegenüber Trump und den USA stark ausgeprägt. Dies gilt vor allem für Westeuropa, die skandinavischen Länder und die iberische Halbinsel. Nur in vier EU-Staaten überwiegen noch die positiven Bewertungen: Polen, Italien, Ungarn und Rumänien.

Jähres Erwachen

Der Zustand der transatlantischen Beziehungen zwingt die EU dazu, eine strategische Debatte zu führen, auf die sie bislang nur unzureichend vorbereitet ist. Während die USA sich bereits auf einen Systemwettbewerb mit China vorbereiten, ist die EU von einer einheitlichen Chinastrategie noch weit entfernt. Insofern war das Aufwachen aus der transatlantischen Traumwelt unvermeidlich, geschah aber ruppiger, als es der EU lieb sein kann. Wichtig wäre, auch einem schwierigeren transatlantischen Partner deutlich zu machen, dass über kurzfristige Deals hinaus funktionsfähige internationale Institutionen und enge transatlantische Zusammenarbeit entscheidende Faktoren im künftigen Systemwettbewerb sind.

Olaf Wientzek ist Koordinator für Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Quelle: © Marcos Brindici, Reuters.

Viel Rhetorik, wenig Wandel

Der Umgang mit Russland unter Trump

Claudia Crawford / Philipp Dienstbier

Die Wahl von Präsident Donald Trump in den Vereinigten Staaten versetzte Politiker in Deutschland und Europa in Unruhe. Trump fiel im Wahlkampf durch fast bewundernde Töne gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf und zeigte ein von Geschäftslogik geprägtes Verständnis von Außenpolitik und internationalen Bündnissen. Nach zwei Jahren Trump-Regierung scheinen die existenziellsten Sorgen vor einem Paradigmenwechsel der US-Politik in Osteuropa jedoch unbegründet, denn diese steht insgesamt viel stärker für Kontinuität als eingangs erwartet. Dort, wo es Differenzen zwischen Zielen und Interessen der USA und Deutschland gibt, bestanden diese im Kern bereits zuvor.

Transatlantische Ostpolitik

Die Gemengelage der Ziele und Interessen im postsowjetischen Raum war auf beiden Seiten

des Atlantiks nie vollkommen homogen. Obwohl Deutschland Russland immer tendenziell stärker auf partnerschaftliche Weise und unter kooperativen Aspekten betrachtete als das die USA taten, herrschte in den großen außenpolitischen Linien grundsätzliche Einigkeit. So bestanden nie Zweifel an der Vorrangigkeit der transatlantischen Allianz vor einer Partnerschaft mit Russland. Die russische Annexion der Krim sowie der Konflikt in der Ostukraine führten zudem zu einer weiteren Konvergenz der transatlantischen Politik gegenüber Russland nach 2014.

Diese größtenteils kohärente Ostpolitik fußt traditionell auf der gemeinsamen Aufrechterhaltung der Regeln und Prinzipien der europäischen Friedensordnung, durch nukleare Rüstungskontrollverträge, die Förderung einer stabilen, demokratischen und prosperierenden Nachbarschaft Europas sowie die Abschreckung

russischer Destabilisierungsversuche, besonders im Kontext der NATO.

Kein struktureller Wandel seit Trump

Mit Trumps Antritt zum US-Präsidenten Anfang 2017 keimte die Frage auf, ob die beschriebene Zusammenarbeit sich strukturell verändern würde. Unbestätigte Indizien eines möglichen Austausches zwischen Trumps Wahlkampfteam und Vertretern der russischen Regierung sowie fundierte, durch US-Geheimdienste verifizierte Hinweise auf eine russische Einmischung in den US-Wahlkampf öffneten dieser Sorge Tür und Tor. Mit öffentlichkeitswirksamen Manövern, wie Trumps Treffen mit Putin in Helsinki im Juli 2018, artikuliert der Präsident eine unzureichend kritische, möglicherweise befangene Haltung gegenüber Russland und schürte damit Sorgen, von der bisherigen Einhegung Russlands abweichen zu wollen.

Jenseits der beschwichtigenden präsidentiellen Rhetorik verfolgen die USA jedoch de facto eine zweite Russlandpolitik. Diese wird maßgeblich geprägt durch Institutionen und Entscheidungsträger außerhalb des Weißen Hauses, etwa den ehemaligen Verteidigungsminister Jim Mattis, den Außenminister Mike Pompeo oder den US-Kongress, die eine kritische Haltung gegenüber Russland einnehmen und angestammte politische Grundlinien fortführen. Belegt wird dies etwa durch weitere Sanktionen gegen russische Ziele, darunter auch enge Vertraute Putins, die teilweise eng mit den europäischen und deutschen Verbündeten abgestimmt wurden.

Außerdem schürte Trumps Gebaren anfangs die Sorge, mit seinem „America first“-Mantra seien die USA nunmehr auf den größtmöglichen eigenen Vorteil und Verminderung von kostspieliger Unterstützung ohne Gegenleistung aus. Indem Trump im Wahlkampf beispielsweise die NATO für obsolet erklärte, säte er Zweifel, in welchem Maße die USA weiterhin die europäische Friedensordnung und osteuropäische Verbündete im NATO-Rahmen verteidigen würden.

Auch in diesem Bereich hebt sich die tatsächlich verfolgte Politik allerdings vom Diskurs des

Präsidenten ab. Die USA setzen ihre Zusammenarbeit im Rahmen der NATO weiterhin fort und nehmen etwa an sämtlichen NATO-Militärübungen in russischen Nachbarstaaten teil. Mit dem Verkauf von letalen Defensivwaffen an die Ukraine gehen sie in ihrer militärischen Absicherung von Verbündeten vis-à-vis Russland sogar weiter als unter Präsident Barack Obama.

Alte Bruchlinien

Trotzdem gibt es auch Differenzen zwischen der amerikanischen und europäischen Politik im postsowjetischen Raum. Die nukleare Rüstungskontrolle ist ein solcher Bereich – hier votiert die Trump-Regierung etwa für einen Rückzug vom INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, dessen Fortbestand als Pfeiler der europäischen Friedensarchitektur für Deutschland von großem Interesse ist. Auch die Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Russland steht für Trump zur Disposition. Hier tritt eine an Eigeninteressen orientierte US-Politik besonders deutlich in der Debatte um die Gaspipeline *Nord Stream 2* zu Tage. Trotzdem hat Trump auch in diesen Bereichen keinen radikalen Politikwechsel herbeigeführt. Auch schon Obama und George W. Bush nahmen eine kritische Haltung zum *Nord Stream*-Projekt ein oder stellten Rüstungsverträge infrage, wenn sie amerikanischen Interessen vermeintlich nicht dienlich waren.

Claudia Crawford ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau.

Philipp Dienstbier ist Referent im Team Europa / Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Weniger Trump, mehr Europa!

Amerikas Schlagseite im Nahen Osten erfordert
ein stärkeres europäisches Engagement

Edmund Ratka / Marc Frings / Fabian Blumberg

Donald Trump setzt den schon von seinem Vorgänger Barack Obama eingeleiteten Rückzug der USA aus den Verstrickungen der arabischen Welt fort und stärkt gleichzeitig die Verbindungen zu traditionellen US-Verbündeten in der Region. Dazu gehört neben dem Lager pro-westlicher sunnitischer Staaten – allen voran Saudi-Arabien – auch Israel. Im Nahostkonflikt haben sich die USA deutlicher denn je an die Seite der Netanjahu-Regierung gestellt und bislang einseitig den Druck auf die Palästinenser erhöht. Die Europäer sollten deshalb mehr Verantwortung in ihrer Nachbarschaft übernehmen und die Trump'sche Schlagseite in Nahost ausbalancieren. Perspektivisch müssen Amerikaner und Europäer – vor allem auch angesichts neu erstarkter Akteure in der Region wie Russland – allerdings darum bemüht sein, ihre Politikansätze wieder näher zusammenzuführen oder im Sinne einer transatlantischen Aufgabenteilung komplementär zu agieren.

Gemeinsames Interesse an Stabilität – aber um welchen Preis?

Bereits Obama war von der transformativen Agenda für die Region abgerückt, der sich die USA unter Präsident George W. Bush verschrieben hatten und die „pro-aktiv“ den demokratischen Wandel vorantreiben wollten. Nachdem sich die im „Arabischen Frühling“ aufkeimenden Hoffnungen nicht erfüllt haben und angesichts der Sorge vor Terrorismus und neuen Migrationsströmen hat man sich auch in Europa wieder einem Stabilitäts- und Sicherheitsparadigma für den Nahen Osten verschrieben. Dass dieses durchaus Perspektiven für gemeinsames Handeln ermöglicht, zeigt sich etwa beim Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat in Syrien und im Irak.

Neben geopolitischen Rivalitäten sind es jedoch letztlich die strukturellen Probleme in den über-

kommenen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Herrschaftssystemen in den arabischen Ländern, die die Region in steter Unruhe halten. Angesichts der aktuellen, sehr Status quo- und staatszentrierten US-Nahostpolitik unter Trump, obliegt es den Europäern, mit den arabischen Herrschaftseliten einen kritischen Dialog darüber zu suchen und die Reformkräfte in den Zivilgesellschaften, wo immer möglich, miteinzubeziehen und zu stärken.

Geopolitik am Golf: Mit Riad gegen Teheran?

Während sich Obama gemeinsam mit den Europäern bemühte, Iran sukzessive in eine regionale Sicherheitsarchitektur einzubinden, setzt Trump auf Eindämmung und erhöht den Druck auf die Islamische Republik. Aus dem 2015 unterzeichneten Atom-Abkommen, das die Europäer unbedingt erhalten wollen, stieg er einseitig aus und setzte das Sanktionsregime wieder in Kraft. Daneben intensivierte Trump die Beziehungen zu Irans großem Rivalen und dem traditionellen US-Verbündeten Saudi-Arabien.

Europa kommt damit eine vermittelnde, deeskalierende Rolle zu. Wenn es Saudi-Arabien und die mit ihm verbündeten Golf-Staaten zu einem konstruktiveren regionalpolitischen Verhalten anregen will, sollte es ihnen aber gleichzeitig zu verstehen geben, dass es deren Sicherheitsbedenken ernst nimmt. Dazu gehört vor allem, die hegemonialen Ambitionen und die expansive Regionalpolitik des Iran als tatsächliches Problem zu erkennen und sich zu bemühen, diese einzuhegen. Eine Kombination aus amerikanischem Druck und europäischen Anreizen gegenüber Teheran könnte dafür nützlich sein.

Zankapfel Nahostkonflikt: Verspielt Trump die Zweistaaten-Lösung?

Im israelisch-palästinensischen Konflikt teilen Amerikaner und Europäer, allen voran die Deutschen, das Interesse an der Sicherheit Israels. Zugleich gehörte bislang das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und – nach einer Verhandlungslösung mit Israel – auf einen eigenen Staat zum transatlantischen Konsens in Nahost. Trump hat zwar einen „Deal des Jahrhunderts“

angekündigt, um den Dauerkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern zu lösen, aber bislang noch keine Strategie ausformuliert. Fest steht, dass er in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit Fakten geschaffen hat, die einseitig die palästinensische Seite unter Druck setzen. Dazu gehört die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt samt Verlegung der US-Botschaft sowie das Streichen von Hilfgeldern für die Palästinenser.

Daher ist Europa gefordert, wenigstens eine Überbrückungsstrategie zu entwerfen, um die Hoffnung auf das Zustandekommen der Zweistaatenlösung nicht komplett erodieren zu lassen. Da das Oslo-Modell, also bilaterale Verhandlungen unter der Ägide eines Vermittlers, in den vergangenen 25 Jahren nicht erfolgreich war, muss Europa über einen alternativen Konfliktregelungsmechanismus nachdenken. Studien zeigen, dass israelische und palästinensische Mehrheiten für eine Zweistaatenlösung eher zustande kämen, würde ein multilaterales Forum die Umsetzung der *Arabischen Friedensinitiative* voranbringen.

Mehr europäische Verantwortung

Es wird Zeit für Europa, mehr Verantwortung in seiner unruhigen Nachbarschaft zu übernehmen – dies gilt in Zeiten von Trump umso mehr. Wo möglich sollte sich Deutschland engagiert um transatlantische Zusammenarbeit bemühen. Doch vor allem sollte es eine führende Rolle dabei einnehmen, europäische Handlungsfähigkeit im Nahen Osten zu stärken, sei es im EU-Format, im Rahmen von Ad-hoc-Koalitionen europäischer Staaten (die dann auch das mögliche Nicht-Mitglied Großbritannien mit einschließen können) oder deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Dr. Edmund Ratka ist Referent im Team Naher Osten und Nordafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Marc Frings ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah.

Fabian Blumberg ist Leiter des Regionalprogramms Golfstaaten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Amman, Jordanien.



Viel Lärm um nichts

Trumps Afrikapolitik und ihre Folgen für Europa

Christoph Plate

Die Afrikapolitik Donald Trumps ist dominiert vom Kampf gegen den Terrorismus und von der Konkurrenz mit China. Gänzlich anders als unter seinem Vorgänger Barack Obama ist die Rhetorik des derzeitigen Amtsinhabers gegenüber dem Kontinent. Trump wird deshalb von vielen Beobachtern in Afrika als feindselig und rassistisch empfunden. Die USA jedoch stehen in Afrika nach wie vor für das Ideal, dass jeder eine Chance hat, und sind unverändert das Ziel vieler Auswanderungswilliger. Ein Stipendium in den USA ist deutlich angesehener als eines an einer Universität in Peking. Genauso vermitteln amerikanische Rapmusik oder Kleidung aus den USA immer noch ein Lebensgefühl, an das chinesische Karaoke-Maschinen nicht heranreichen können.

Rhetorische Kehrtwende

Obama hat den USA viele Sympathien in Afrika eingebracht, auch wenn dies nicht gleichbedeutend war mit mehr finanzieller Unterstützung oder besseren Handelsbedingungen. Im Grunde hat Obama lediglich die Initiativen seiner Vorgänger fortgesetzt und kaum neue Programme eingeleitet. Er hat diesen Status quo aber mit wohlklingenden Reden abgedeckt. Trump nimmt solche Rücksichten nicht, setzt aber in Vielem das fort, was Obama auch getan hat. Trumps Sicherheitsberater John Bolton hat Mitte Dezember 2018 die Afrikastrategie der Trump-Administration vorgestellt. Diese lässt sich auf drei Punkte reduzieren: wirtschaftliche Erfolge für alle Beteiligten, auch um den Chinesen die Stirn

zu bieten. Sie und Russland werden als „Raubtiere“ bezeichnet, die Afrika in Abhängigkeit zu bringen versuchen. Weiter soll der islamistische Terrorismus bekämpft werden und drittens jeder ausgegebene US-Dollar amerikanischen Interessen dienen.

Wohl kaum ein Land in der westlichen Hemisphäre hat historisch derart belastete Beziehungen zu Afrika wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Selbst Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich oder Belgien scheinen durch das Erbe des Sklavenhandels nicht so belastet wie die USA. Ein Grund dafür mag in der Tatsache liegen, dass trotz aller anerkannten Freiheiten und Chancen in den USA – anders als bei den europäischen Kolonialmächten – die Geschichte des Rassismus nachwirkt. Der südafrikanische Komiker Trevor Noah hat Donald Trump als den „perfekten afrikanischen Präsidenten“ bezeichnet, der eben nur auf dem falschen Kontinent regiere. Trump weise Ähnlichkeiten mit afrikanischen Diktatoren auf: er sei unvorbereitet und versuche das Recht zu beugen. Auch wenn eine Politik, bei der es weniger um demokratische Werte als um Interessen geht, manchen Potentaten gefallen mag, so können sie doch die Trump-Rhetorik nicht außer Acht lassen, die Afrika ins Abseits zu stellen sucht.

Ein Marshallplan für Afrika?

Was bedeutet all das für Europa und für Deutschland? Wenn John Bolton von einem Marshallplan spricht, hat er damit keinesfalls ein konkretes Programm verbunden wie jenes der Bundesregierung. So ist auch über das im Dezember von Bolton angekündigte Programm „Prosper Africa“ zur Förderung amerikanischer Investitionen in Afrika nach wie vor wenig bekannt. Dass Europa ein Problem mit Migration aus Afrika hat, war auch schon Obama relativ gleichgültig. Markanter wird sich auswirken, dass die Demokratieförderung, wie sie bisher von den USA und den Europäern in Afrika betrieben wurde, vor allem zu einem europäischen Anliegen werden könnte. Dass Trump keine große Achtung für die Gewaltenteilung zu haben scheint, die Presse attackiert und mit Tweets versucht,

die Justiz zu beeinflussen, ist ein Zeichen, dass man es in Afrika mit bestimmten ehernen Prinzipien nicht so genau nehmen muss. Indirekt hat zudem Trumps Rückzug aus VN-Organisationen einen Effekt auf Afrika und das europäische Engagement dort, da der Staatenbund Ordnungsfunktionen auf dem Kontinent wahrnimmt. Vermutlich richtet sich Afrika auf diesen Präsidenten ein. Man weiß, dass es nicht länger als acht Jahre dauern kann. Das ist eine überschaubare Zeit – gerade in Afrika.

Christoph Plate ist Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika mit Sitz in Johannesburg, Südafrika.

Trump, China und Europa

Was vom „Pivot to Asia“ übrig blieb

Rabea Brauer / Alexander Badenheim

Donald Trumps Präsidentschaft hat zahlreiche globale Veränderungen mit sich gebracht, nicht zuletzt auch für den indo-pazifischen Raum. Neben der konfrontativen Handelspolitik, die vor allem China betrifft, ergaben sich daraus in den vergangenen zwei Jahren auch für andere Staaten in der Region große Herausforderungen.

Trump's Rückzug aus der Transpazifischen Partnerschaft

Der bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes von Donald Trump angekündigte Rückzug aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) traf zahlreiche Partner der USA in der Region hart und sorgte für einen Ansehensverlust Washingtons. Dies betraf nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sicherheitspolitische Interessen. Unter Trumps Vorgänger Barack Obama wurde TPP schließlich auch als Gegengewicht zum wachsenden Einfluss

Chinas in Asien betrachtet. Die Abkehr der USA aus der Partnerschaft bedeutet jedoch nicht, dass Trump China in der Region frei gewähren lässt – im Gegenteil.

Gemeinsam mit Indien, Japan, Australien und weiteren Partnern streben die USA derzeit mit dem *Free and Open Indo-Pacific*-Konzept sowie dem *Quadilateral Security Dialogue* de facto ein Gegengewicht zum wachsenden chinesischen Einfluss in der Region an. Aufgrund der Uneinigkeit, die unter den beteiligten Ländern über den Umgang mit China herrscht, haben die Initiativen bisher allerdings keine konkreten Ergebnisse gebracht. Das liegt unter anderem auch an der Bedeutung, die China vor allem wirtschaftlich für zahlreiche Länder der Region einnimmt.

Freihandel ohne Amerika?

Während die meisten europäischen Akteure und eine Vielzahl der asiatischen Länder in der Vergangenheit eine enge Abstimmung mit den USA suchten, müssen sie seit dem Amtsantritt Trumps und seinem Rückzug aus globalen Abkommen und multilateralen Institutionen nun selbst mehr Verantwortung übernehmen. In Sachen Freihandel konnten die EU und Asien bereits einige Erfolge verzeichnen, die auch ein klares Zeichen gegen protektionistische Handelspraktiken und für eine multilaterale Zusammenarbeit setzen. So schloss die EU z. B. erfolgreich Freihandelsabkommen mit Japan, Vietnam und Singapur ab.

Allerdings sieht die EU in Asien auch neue Herausforderungen auf sich zukommen. So werden Chinas rege Aktivitäten im Rahmen der Seidenstraßeninitiative auch seitens der EU kritisch beobachtet. Bei handelspolitischen Fragen teilen die Europäer viele Kritikpunkte der USA an China. Der Ansatz, den Deutschland und die EU zur Beilegung dieser Unstimmigkeiten verfolgen, unterscheidet sich dabei jedoch von der konfrontativen amerikanischen China-Politik.

Trumps harter Kurs gegenüber China

Neben dem enormen Handelsdefizit in Höhe von 335 Milliarden US-Dollar wirft Trump China vor allem unfaire Handelspraktiken vor. Das betrifft u. a. die aus staatlichen Subventionen resultierenden Marktverzerrungen sowie den einseitigen Technologie- und Knowhow-Transfer, der sich durch den in China in vielen Branchen verbreiteten Joint-Venture-Zwang ergibt. Der Konflikt verdeutlicht jedoch, dass es hier nicht nur um handelspolitische Fragen geht. Die USA sehen im wirtschaftlichen Aufstieg Chinas auch ein strategisches Problem und betrachten die Volksrepublik als einen Staat, der Macht, Einfluss und Interessen der USA herausfordert und Sicherheit und Wohlstand in den Vereinigten Staaten untergräbt.

Peking ist nicht das neue Washington!

Obwohl die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und China sowie die

gemeinsame Kritik an Trumps Abkehr von der auf verbindlichen Regeln gegründeten Weltwirtschaftsordnung beide Länder augenscheinlich zusammenschweißen müsste, bleiben systemische und ideologische Differenzen weiter bestehen. Mit den USA hat Deutschland in diesem Bereich einen traditionellen Verbündeten, der ungeachtet der derzeitigen Konfliktlinien z. B. in der Handelspolitik langfristig ein strategischer Partner bleiben wird. Zudem stellen der Verlust geistigen Eigentums, Marktbeschränkungen in China und die Sorge vor staatlich gesteuerten strategischen Investitionen in heimische Schlüsseltechnologien vor allem auch aus deutscher Sicht ein großes Problem dar. Das derzeit verhandelte Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China zeigt jedoch, dass auch weniger konfrontative und gemeinsam mit China ausgehandelte Ansätze zur Lösung von wirtschaftspolitischen Streitpunkten gefunden werden können.

Letztlich können die EU und die USA nur geschlossen die von beiden Seiten geforderte Modernisierung des Welthandelssystems herbeiführen und so anpassen, dass Länder, die bisher überproportional stark vom derzeitigen System profitiert haben, sich genauso an die Spielregeln halten müssen wie alle anderen. Fest steht jedoch, dass die existierenden Institutionen nur gemeinsam mit China, das sich eindeutig zu multilateralen Institutionen wie der WTO und Freihandel bekannt hat, reformiert werden können. Nur so lassen sich faire Bedingungen für alle Seiten schaffen.

Rabea Brauer ist Leiterin des Teams Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Alexander Badenheim ist Referent im Team Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Mehr als Mauern

Lateinamerikas Rolle im Dreieck mit Europa und den USA

Hans-Hartwig Blomeier / Patricio Garza Girón /
Christian E. Rieck

Die transatlantischen Beziehungen sind seit dem Amtsantritt Donald Trumps in eine schwierige Phase eingetreten. Eine Hinwendung Deutschlands und Europas zu Lateinamerika könnte die transatlantischen Beziehungen um neue Partner und neue Themen erweitern, ohne den Kontakt zu Washington abreißen zu lassen.

Trump und Lateinamerika

Der zuweilen ruppige Ton und die strategische Orientierungslosigkeit im Weißen Haus erschweren die Zusammenarbeit zwischen Lateinamerika und den USA erheblich. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geteilte Wertebasis wie auch die gemeinsamen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und regionalpolitischen Interessen von dieser Verschiebung in Stil und Substanz wenig berührt werden. Herausforderungen wie das Management der Migrationsströme in der Region, das Ausufern

der Organisierten (Drogen-)Kriminalität, die Fortführung des kolumbianischen Friedensprozesses und die durch das Regime Maduro verursachte humanitäre Katastrophe in Venezuela bleiben für beide Seiten dringlich und relevant.

Für die lateinamerikanischen Länder wird es in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, Trumps Aufmerksamkeit zu erregen und die USA (wieder) für die Region zu interessieren. Das weist schon darauf hin, dass im Weißen Haus bereits lange vor Trump ein ausgeprägtes Desinteresse gegenüber der Region existierte – und erklärt, jedenfalls teilweise, wieso die lateinamerikanische Verstörung über das Phänomen Trump jenseits von Mexiko und Kuba relativ gering ausfällt.

Chancen für Europa

In der jüngsten Entfremdung zwischen Washington und Berlin und dem Desinteresse Trumps gegen-

über Lateinamerika liegt aus deutscher und europäischer Sicht auch die Notwendigkeit und Chance, die eigene internationale Rolle neu zu definieren sowie alte und neue Partnerschaften zu vertiefen.

Eine Reihe lateinamerikanischer Staaten bieten sich hier als Partner an, einerseits, weil die Region mit dem Westen grundsätzlich Grundwerte und Strukturprinzipien teilt, andererseits weil auch die USA und Europa in der Region noch immer wichtige Ziele und Interessen teilen – so etwa die Erhaltung der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung in Lateinamerika sowie die weitere Stabilisierung und Entwicklung der Region durch die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Staatenfragilität.

Partnerpotenziale in Lateinamerika

Innerhalb Lateinamerikas können derzeit drei Ländergruppen identifiziert werden: Erstens die Mitglieder der ALBA-Allianz, gegründet von Hugo Chávez, inzwischen aber wirtschaftlich und politisch erheblich geschwächt: Venezuela, Bolivien, Kuba, mit Abstrichen Nicaragua. Eine transatlantische Kooperation mit diesen Ländern ist weder politisch opportun noch – bis auf punktuelle Projekte – wirtschaftlich interessant.

Eine zweite Kategorie sind die Länder, die dem freien Welthandel und einer Kooperation mit Europa deutlich offener gegenüberstehen, zwar noch keine bilateralen Handelsabkommen mit Europa haben, diese aber im Kollektiv (Mercosur) oder als Einzelstaaten anstreben: Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie v.a. Brasilien. Allerdings ist gerade Brasilien wegen seiner politischen Turbulenzen ein Paradebeispiel für enttäuschte Hoffnungen mit Blick auf eine engere Partnerschaft mit Lateinamerika. Der jüngste Wahlerfolg Jair Bolsonaro hat Brasiliens Position in der Region jedenfalls weiter geschwächt. Was er mittel- und langfristige für das Verhältnis zwischen Brasília und Washington bedeutet, lässt sich derzeit noch nicht absehen.

Die dritte und interessanteste Gruppe aus transatlantischer Sicht bilden die Mitglieder der Pazifik-Allianz: Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru, bald viel-

leicht auch Ecuador. Diese Länder haben sich eindeutig dem Multilateralismus und dem freien Welthandel verschrieben. Wegen der dynamischen und konsequenten Öffnung dieser Länder in Richtung China, müsste Europa hier offensiv definieren, welche Vorteile und Kooperationsgewinne für alle Beteiligten in einer „Erweiterten Transatlantischen Partnerschaft“ liegen.

Mexikos Sonderrolle

Mexiko spielt in diesen Überlegungen eine gewichtige Sonderrolle – wegen seiner geografischen Nähe zu den USA sowie den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verflechtungen beider Länder. Auch das neu verhandelte Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) hat trotz des aufgeheizten Diskurses Mexikos Rolle als „verlängerte Werkbank der USA“ nicht nachhaltig beschädigt. Mexiko ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Region und die EU ist nach den USA und China sein drittgrößter Handelspartner, seit April 2018 gar mit eigenem Freihandelsabkommen. Mit Mexiko verbindet Deutschland darüber hinaus eine ambitionierte Entwicklungsagenda auf der globalen Ebene wie auch in Drittstaaten, vor allem in Lateinamerika.

Hier liegt für Deutschland und Europa eine außergewöhnliche Chance, über Mexiko einen neuen Kommunikationskanal zur Trump-Administration zu eröffnen. Wie sich der jüngste Regierungswechsel in Mexiko diesbezüglich auswirken wird, hängt entscheidend von der persönlichen Chemie zwischen Andrés Manuel López Obrador und Donald Trump ab – und auch davon, inwieweit beide Präsidenten zulassen, dass die vielbeschworene Mauer zwischen den beiden Staaten die bilateralen Beziehungen definiert.

Hans-Hartwig Blomeier ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko.

Patricio Garza Girón ist Projektmanager im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko.

Christian E. Rieck ist Senior Analyst für Regionalmächte und Regionalintegration am Global Governance Institute in Brüssel sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam.



„America First“

Sicherheitspolitik in der Ära Trump

Nils Wörmer / Benjamin Fricke

Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA stellte in den ersten beiden Jahren unter Präsident Trump in ihren Grundzügen die Zusammenführung wesentlicher Elemente der Politiken der beiden Amtsvorgänger Obama und Bush in übersteigerter Form dar. Die starke unilaterale Ausrichtung der Bush-Administration sowie der Teilrückzug aus dem Nahen Osten und Europa unter Präsident Obama wurden nicht nur übernommen, sondern dahingehend fortgeführt, dass die USA aus zentralen bestehenden multilateralen Formaten ausgestiegen sind oder ihren Ausstieg ankündigten. Neu ist unter Trump vor allem die Radikalität der Rhetorik und in weiten Teilen auch des Vorgehens.

Viel Lärm um nichts bei der NATO?

Mit Blick auf die NATO-Politik unter Trump ist festzustellen, dass der Präsident durch seine Bemerkung, das Bündnis sei „obsolet“, zwar massive

Verunsicherung auslöste, ansonsten aber am NATO-Engagement der USA festhält, ja dieses durch die Aufwertung der *European Deterrence Initiative* sogar erweitert hat. Die Kritik an der ungleichen Lastenverteilung mit Blick auf die niedrigen Verteidigungsausgaben vieler NATO-Mitglieder ist ebenfalls nicht neu, wird aber von Trump mit neuer Lautstärke und Radikalität vorgebracht. Zwar ist das bereits 2002 vereinbarte und 2014 erneut festgeschriebene Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, rechtlich nicht bindend, jedoch sollte gerade Deutschland mit seinem immer wieder artikulierten Anspruch, mehr Verantwortung übernehmen zu wollen, hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die von Deutschland in Aussicht gestellten eineinhalb Prozent sind jedenfalls nicht ausreichend, um zu einer seriösen Verteidigungspolitik zurückzukehren, bleiben deutlich hinter den Erwartungen der Verbündeten zurück und verfehlen letztendlich die von der Bundesregierung international gemachten Zusagen.

Paradigmenwechsel bei internationalen Verträgen

Abgesehen von den verbalen Attacken gegen NATO, EU und VN stellen die tatsächlichen und andgedrohten Aufkündigungen von internationalen Vertragswerken einen Wendepunkt mit sicherheitspolitischer Dimension im transatlantischen Verhältnis dar. Das betrifft nicht nur den – auch mit Sicherheitserwägungen begründeten – Ausstieg der USA aus der Klimavereinbarung von Paris, sondern auch die Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran und den unter Vorbehalt angekündigten Rückzug vom INF-Vertrag (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme). Während Trump dem INF-Vertrag verbunden mit einem 60-tägigen Ultimatum an die russische Regierung theoretisch noch eine Chance gibt, kündigte sein Außenminister nicht weniger als die radikale Abkehr von der weltweiten Sicherheitsarchitektur, wie sie sich in ihren Grundzügen seit 1945 entwickelt hat, an. Nicht zuletzt die Ankündigungen des Truppenabzugs aus Syrien und der Truppenreduzierung in Afghanistan deuten auf einen Paradigmenwechsel ganz im Sinne des viel propagierten „America first“ hin.

Keine Sicherheit ohne die USA

Während die transatlantischen Gemeinsamkeiten in der Sicherheitspolitik definitiv weniger geworden sind, bleibt die NATO das mit Abstand wichtigste gemeinsame Projekt. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Allianz die einzige internationale Organisation zu sein scheint, deren Nutzen Präsident Trump einigermaßen anerkennt. Deutschland und die europäischen NATO-Partner haben ihrerseits in Ansätzen erkannt, dass diese US-Administration das Thema der gleichen Lastenverteilung sehr ernst meint und sich wahrscheinlich nicht noch einmal vertrösten lassen wird, was finanzielle Zusagen und die Erfüllung von Bündnisverpflichtungen anbelangt.

Denn während europäische Experten darüber streiten, ob „strategische Autonomie“ gegenüber den USA und eine europäische Armee Visionen oder Illusionen sind, bleibt eine Tatsache

bestehen: Gegenwärtig – und voraussichtlich noch auf Jahre – sind die USA weltweit die einzige Nation, die in der Lage und – unter bestimmten Voraussetzungen – willens ist, Deutschland und seine europäischen Verbündeten gegen jedwede derzeit denkbare Bedrohung effektiv zu schützen. Dies schließt symmetrische, asymmetrische und hybride Bedrohungen in allen fünf Dimensionen der Kriegführung, (Land, Luft, See, Welt- und Cyberraum) ein. Die EU wird dieses Maß an Sicherheit auf absehbare Zeit nicht bereitstellen können und ist – auf sich allein gestellt – nur sehr bedingt in der Lage Europa zu verteidigen.

Die Herstellung autonomer europäischer Verteidigungsfähigkeit wird, selbst wenn es gelingen sollte, die hierfür notwendigen politischen Rahmenbedingungen zeitnah zu schaffen, ein außerordentlich langwieriger Prozess werden. Dieser wird derzeit neben den strukturellen Herausforderungen und dem aufzuholenden technologischen Rückstand der Europäer, insbesondere in der Cyber-Kriegführung und im Bereich der technischen nachrichtendienstlichen Aufklärung, vor allem von der Haltung Londons und Berlins beeinträchtigt. Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU verliert diese den leistungsfähigsten und leistungswilligsten sicherheitspolitischen Akteur auf dem europäischen Kontinent. Deutschland hat seinen Status als Garant und Rückgrat der konventionellen Verteidigung Europas verloren und ist weit davon entfernt diesen zurückzugewinnen.

Deutschland und seine Verbündeten sollten deshalb klar herausstellen, dass sich die jüngsten Bemühungen, „mehr Europa“ in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erreichen, nicht gegen die USA richten, sondern im Gegenteil darauf abzielen, die Lastenverteilung innerhalb der NATO durch Stärkung des europäischen Pfeilers ausgeglichener zu gestalten.

Nils Wörmer ist Leiter des Teams Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Benjamin Fricke ist Referent für Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Quelle: © Joshua Roberts, Reuters.

Ein transatlantisches Relikt?

Zur Zukunft der WTO und ihrer Rolle für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen

David Gregosz

Was wird in Zukunft aus der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft? Diese sowohl für Europa als auch Amerika fundamental wichtige Frage ist nicht leicht zu beantworten und kristallisiert sich in gewisser Hinsicht an und in der Welthandelsorganisation (WTO). Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Auf politischer Ebene hat die aggressive Handelspolitik der Trump-Administration eine schwere Krise in der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft ausgelöst. Insbesondere die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland wurden dabei stark in Mitleidenschaft gezogen. Auf wirtschaftlicher Ebene sind Europa und Amerika hingegen durch den dramatischen Anstieg wechselseitiger Investitions- und Handelsströme stärker zusammengewachsen als je zuvor. Europa und Amerika unterhalten nach wie vor die weltweit bedeutendsten Wirtschaftsbeziehungen.

Grundsätzlich bilden beide Wirtschaftsräume damit das Fundament für eine fortschreitende Globalisierung und die ökonomische Integration der gesamten Weltwirtschaft. Noch ist offen, welche Folgen die politischen Spannungen auf die bilateralen Beziehungen haben werden.

Zur Zukunft der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft

Im besten Fall können bestehende Streitigkeiten gelöst und wieder zu einer engen Wirtschaftspartnerschaft, begleitet von einer koordinierten Politik auf beiden Seiten des Atlantiks, führen. Schlimmstenfalls könnten die politischen Auseinandersetzungen bestehende wirtschaftliche Differenzen extrem verschärfen. Hier drohen dann Handelsanktionen sowie transatlantische Wirtschaftsboykotte. Die geostrategischen Differenzen und entsprechend unnachgiebig

geführten wirtschaftlichen Auseinandersetzungen könnten zu einer Wagenburg-Mentalität führen. Die andauernden Konflikte um die Welthandelsorganisation deuten an, dass sich die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft derzeit in keinem guten Zustand befindet. Mehr noch: Die WTO ist zu einem Kristallisationspunkt der unterschiedlichen Auffassungen auf beiden Seiten des Atlantiks geworden.

Zur Zukunft der WTO

Grundsätzlich soll die Welthandelsorganisation durch den Abbau von Zöllen und Handelsschranken die multilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischem Gebiet vorantreiben. Doch immer öfter schließen Staaten bilaterale Freihandelsabkommen und umgehen damit die WTO, deren Regeln an Bedeutung verlieren. Überdies wird seit der Amtsübernahme Donald Trumps die WTO-Mitgliedschaft der USA hinterfragt. Angesichts dieser Entwicklungen scheint eine Reform der Organisation unabdingbar, denn die Aufrechterhaltung eines offenen, regelbasierten Handelssystems liegt im vitalen Interesse aller Länder. Um dies zu erreichen, bedarf es einer kollektiven Führung durch ein Bündnis von Industrie- und Schwellenländern innerhalb der WTO. Die USA nehmen derzeit keine Führungsrolle wahr und China wünscht bislang keine multilaterale Einbindung, die seine Industrie- und Technologiepolitik beschränkt. Europa kommt damit eine wichtige Mittlerrolle zu. Einerseits muss es auf die USA einwirken, um einen wichtigen Eckstein transatlantischer Handelspolitik funktionsfähig zu halten. Andererseits muss Europa auf China einwirken, damit das Trittbrettfahren innerhalb des WTO-Regimes aufhört.

Reformvorschläge: Führung neu denken

Als Schiedsrichter in einer verflochtenen Weltwirtschaft wird die WTO jedenfalls auch zukünftig gebraucht, gerade damit Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Interessen einbringen können. Bleibt zu hoffen, dass in den kommenden Monaten die Einsicht bei Staats- und Regierungschefs wächst, umfassende Veränderungen einzuleiten:

- Generell müssen sich 164 Mitgliedsstaaten fragen, ob das Konsensprinzip zielführend ist. Neben Blockaden durch die großen Industrienationen können kleine Staaten dadurch wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden.
- Reformbedarf besteht auch beim *single undertaking*-Prinzip, welches besagt, dass alle Verhandlungen einer Handelsrunde an einem gemeinsamen Stichtag beendet werden müssen. Hierdurch droht die Gefahr, dass aus Zeitdruck undurchsichtige Tauschgeschäfte durchgeführt werden: Erleidet ein Land einen Rückschlag bei einem Verhandlungspunkt, versucht es diesen anderweitig auszugleichen.
- Jüngst diskutierter Reformvorschlag ist das Initiativrecht, welches dem WTO-Sekretariat ermöglichen würde, eigene Vorschläge zu erarbeiten und den Mitgliedsstaaten zur Diskussion zu stellen.
- Ohne Zweifel müssen die WTO-Regeln für Industriesubventionen und Technologietransfer verschärft werden, damit China sich nicht auf Kosten anderer Volkswirtschaften entwickelt.
- Es bräuchte eine Regelung, die verhindert, dass die USA durch die Blockade der Besetzung freier Richterstellen das WTO-Streit-schlichtungsverfahren bedroht.
- Auch die Ausnahmeregelung zum Schutz „nationaler Sicherheit“ ist in der bestehenden Form ein Hindernis für die Ziele der WTO.
- In einem multilateralen Handelssystem sind bilaterale oder regionale Präferenzzollabkommen (TPP, CETA, JEFTA) höchstens zweitbeste Lösungen. Bislang ist es der WTO nicht gelungen, dem Entstehen solcher Vereinbarungen eine entschlossene Antwort entgegenzusetzen.

Sowohl Europa als auch die USA sollten ihr Gewicht zugunsten der dringend notwendigen Reformschritte in die Waagschale werfen, denn die Alternative zur WTO-basierten Weltwirtschaftsordnung wäre eine Weltwirtschaftsunordnung und das kann weder dies- noch jenseits des Atlantiks gewollt sein.

David Gregosz ist Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Zwischen Innovation und Regulierung

Zur Notwendigkeit transatlantischer Kooperation im digitalen Raum

Sebastian Weise

Betrachtet man Kennzahlen des internationalen Handels und des globalen Datenstroms, wird deutlich: Die USA und Europa sind heutzutage aufs Engste digital und wirtschaftlich miteinander verknüpft. Infolgedessen weisen die Wirtschafts-, Rechts- und Datenräume eine starke Verflechtung auf, was eine enge transatlantische Kooperation bei der Gestaltung der Digitalisierung notwendig macht. Weiterhin haben sowohl die USA als auch Europa ein Interesse an intensiver Kooperation, weil nur so der freie und offene Fluss von Daten zwischen den Kontinenten gewährleistet werden kann. Ein freier und offener Datenfluss ist bedeutsam, weil er das Rückgrat für einen reibungslosen Ablauf der transatlantischen Handelsströme, für Innovationen und wirtschaftliches Wachstum bildet. Vorangetrieben von Staaten wie Russland und China breitet sich außerdem ein dezidiert autoritäres Ordnungsmodell für die Gestaltung der

Digitalisierung aus, das neue digitale Möglichkeiten zur Stärkung autokratischer Systeme nach innen nutzt und nach außen sowohl die politische Stabilität liberaler Demokratien untergräbt als auch die wirtschaftliche Vormachtstellung des Westens attackiert.

Wo liegen aktuell Differenzen?

Vor dem Hintergrund einer Reihe von Skandalen bei digitalen Plattformen aus den USA, allen voran Facebook, sind in den letzten Jahren Differenzen im transatlantischen Verhältnis aufgetreten und die Rufe nach mehr europäischer Selbstbehauptung lauter geworden. Jenseits des Schutzes von Bürgerrechten vor staatlicher Überwachung umfassen diese Differenzen vor allem den Schutz persönlicher Nutzerdaten bei digitalen Plattformen, die angemessene Besteuerung neuer digitaler Geschäftsmodelle,

die Haftbarkeit sozialer Medien für durch diese verbreitete Inhalte, die Wahrung eines fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs in Zeiten der Plattformökonomie sowie den gezielten Einsatz offensiver Cyberfähigkeiten.

Wie tiefgreifend sind diese Differenzen wirklich?

Blickt man eingehender auf einzelne Handlungsfelder, zeigt sich, dass bei den heutigen Differenzen keine unvereinbaren Weltbilder und eklatanten Interessenkonflikte aufeinanderprallen, sondern dass wir es mit unterschiedlichen normativen Schwerpunktsetzungen und divergierenden Regulierungsansätzen zu tun haben. Hierbei legen die USA mit einer eher explorativ-technologiefreundlichen Disposition die Betonung auf wirtschaftliches Wachstum sowie nationale Sicherheitsinteressen und verfolgen unter Donald Trump einen stärker wirtschaftsliberalen Ansatz, bei dem Formen der Co- und Selbstregulierung ein Vorzug gegenüber staatlich-legislativer Regelsetzung eingeräumt wird. Da ein Gros der global agierenden „digitalen Champions“ (Google, Apple, Facebook, Amazon usw.) US-Konzerne sind, haben die USA selbstverständlich Interesse daran, diese Akteure und deren wirtschaftliche Freiheiten zu schützen. Demgegenüber steht ein europäischer Ansatz, der sich stärker auf den Schutz der Privatsphäre sowie der Bürgerrechte fokussiert und auf gesetzliche Regulierung von Unternehmen inklusive finanzieller Sanktionsmechanismen setzt.

Wo gibt es bereits Annäherung?

Dass Annäherung nicht nur notwendig ist, sondern bereits stattgefunden hat und auch unter der jetzigen US-Regierung weiter stattfindet, zeigt u. a. das Feld des Datenschutzes, das insbesondere wegen der neuen europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als eher spannungsgeladen gilt. Ein positives Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist in diesem Zusammenhang das *EU-US-Privacy Shield* von 2016. Als Reaktion auf den Kollaps des *Safe-Harbour*-Abkommens gelang es der EU und den USA hierbei innerhalb nur weniger Monate, eine neue Vereinbarung zum

Datenschutz zu erreichen und damit den freien und offenen Fluss von Daten zwischen den USA und Europa zu bewahren. Inzwischen mehrten sich die Anzeichen, dass die US-Regierung in Reaktion auf mehrere Datenschutzskandale gewillt ist, ebenso Anpassungen in diesem Feld vorzunehmen. Zusätzlichen Vortrieb könnte diese Entwicklung insofern erhalten, als sich mehrere bedeutende US-Konzerne zu einer Übernahme der DSGVO in ihrem gesamten Geschäftsbereich bekannt (Microsoft/IBM) bzw. Willensbekundungen hierzu abgegeben haben (Facebook).

Ein kurzer Ausblick

Blickt man auf die Gestaltung der Digitalisierung, sind die USA für Deutschland und Europa ein unverzichtbarer Partner. Gerade wenn in Zukunft mal wieder die Rede von einem Mehr an europäischer Selbstbehauptung in Abgrenzung zu den USA die Rede sein sollte, gilt es, sich die geteilten Ordnungsvorstellungen und Interessen sowie die Entschlossenheit autoritärer Herausforderer in Erinnerung zu rufen. Darüber hinaus sollte man sich diesseits des Atlantiks weniger an einer regulierungsfixierten Abgrenzung zu den USA abarbeiten als vielmehr die Fragen stellen, wie die USA eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung erreicht haben und welche Lehren Deutschland und Europa aus dieser Erfolgsgeschichte ziehen können.

Sebastian Weise ist Referent für Globale Innovationspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Quelle: © Jonathan Ernst Reuters.

America Alone

Transatlantische Herausforderungen im Bereich Klima und Energie

Céline-Agathe Caro

Die Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens im Juni 2017 war eine der ersten konkreten Entscheidungen der Trump-Administration, die einen Rückschlag für die transatlantischen Beziehungen darstellte. Klimaschutz ist im Munde von Donald Trump oft ein Synonym für Stellenabbau und Überregulierung. Die umweltfeindliche Politik des amerikanischen Präsidenten hat negative Auswirkungen auf die transatlantische Zusammenarbeit, sowohl in außenpolitischen als möglicherweise auch in Wirtschaftsfragen. Die gute Nachricht: Trotz der Haltung der US-Administration bleiben die Ziele des Pariser Klimaabkommens für viele Akteure in den USA ein wichtiges Anliegen, was internationale Kooperationen auch in Zukunft möglich macht.

Ein Klimaskeptiker im Weißen Haus

Europas und Amerikas klima- und umweltpolitische Ziele laufen gegenwärtig auseinander.

Während sich europäische Entscheidungsträger nahezu ausnahmslos dem wissenschaftlichen Konsens anschließen, dass die gegenwärtige globale Erwärmung vom Menschen verursacht wird, sind viele Vertreter der US-Regierung und nicht zuletzt der US-Präsident selbst Klimaskeptiker.

In den Vereinigten Staaten sind Klima- und Umweltfragen im Kontext steigender Polarisierung in der Politik nicht von parteipolitischen Konflikten verschont geblieben. Donald Trump hat mit den kritischsten Positionen gegenüber der Klimapolitik der Obama-Administration 2016 die Präsidentschaftswahl gewonnen. Neben vielen Wählern und Politikern im republikanischen Lager befürwortet auch ein Teil der Industrie (insbesondere im Öl- und Gasbereich) seine Strategie, das Ausmaß des Klimawandels herunterzuspielen, um Unternehmen sowie Verbrauchern teure umwelt- und klimapolitische Verpflichtungen zu ersparen.

Im Gegensatz zu Europa wird „grünes“ Wachstum von der US-Regierung nicht als ernstzunehmende Strategie betrachtet, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, Investitionen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz wird von der Trump-Administration eher als Nullsummenspiel betrachtet. Dementsprechend hat sie bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die amerikanische Kohle-, Öl- und Gasbranche zu „entfesseln“ sowie bestehende Umwelt- und Klimaauflagen abzubauen.

Auch was die sicherheitspolitische Dimension der Klima- und Umweltpolitik angeht, entfernen sich Europa und die USA zunehmend voneinander. Seit Donald Trump im Oval Office sitzt, zählt der Klimawandel nicht mehr zu den *top strategic risks*. Das Wort „Klimawandel“ wird in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, die die Administration im Dezember 2017 veröffentlicht hat, nicht einmal mehr erwähnt.

Warum transatlantische Kooperation trotzdem möglich ist

Ohne Unterstützung der US-Regierung, so der Konsens unter Experten, werden die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein, die langfristigen Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Das heißt aber nicht, dass in den USA kein aktiver Klima- und Umweltschutz mehr stattfindet. Mehrere Faktoren tragen bundesweit zu positiven Entwicklungen in diesem Bereich bei: die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energietechnologien, die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung und eines großen Teils des Privatsektors, das Engagement vieler US-Bundesstaaten und zahlreicher Großstädte und nicht zuletzt die Grenzen der Exekutivmacht.

Amerikaner und Europäer können insofern weiterhin an gemeinsamen Zielen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen arbeiten. Der Fokus sollte dabei auf der Kooperation mit lokalen Akteuren und privaten Unternehmen liegen. Zahlreiche internationale Plattformen bieten die Gelegenheit dazu. Überdies ist es im aktuellen

transatlantischen Kontext umso wichtiger, dass die europäischen Staaten eine Führungsrolle in wichtigen internationalen Gremien – VN, G7, G20, COP – übernehmen, die sich mit dem Klimawandel befassen.

Schließlich sollte Europa gegenüber den USA eine langfristige Strategie verfolgen. US-Investoren setzen derzeit kaum auf umweltschädliche Technologien und spekulieren anscheinend darauf, dass künftige US-Regierungen zu emissionsärmeren Strategien zurückkehren werden. Bessere Zeiten für die transatlantische Regierungszusammenarbeit im Klima- und Umweltbereich sind also nicht ausgeschlossen. Ein erster kleiner Schritt in diese Richtung hat bereits im Dezember 2018 stattgefunden. Die US-Regierung hat sich trotz großer Meinungsverschiedenheiten bis zum Schluss an der VN-Klimakonferenz in Katowice (COP 24) beteiligt und sie hat engagiert verhandelt. Nicht zuletzt deshalb konnte sich die Weltgemeinschaft beim Gipfel auf ein Regelwerk für das Pariser Abkommen einigen. Diese diskrete, konstruktive Zusammenarbeit seitens der US-Regierung ist ein positives Zeichen für den weiteren multilateralen Einsatz in Klimafragen und nicht zuletzt für die transatlantische Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Dr. Céline-Agathe Caro war bis Dezember 2018 Senior Policy Analyst im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington D.C.



Zerstörer der liberalen Weltordnung?

Trumps Unilateralismus und seine Folgen

Andrea E. Ostheimer

Bereits in der Vergangenheit gab es immer wieder Phasen in der US-Außenpolitik, in denen das Engagement der US-Regierung in multilateralen Organisationen und Themenfeldern als zurückhaltend oder ambivalent beschrieben werden kann. Mit der Wahl von Präsident Trump wurde allerdings von Beginn an deutlich, dass US-Außenpolitik zukünftig von sehr kurzfristig interpretierten nationalen Interessen und dem Paradigma „America first“ geleitet sein würde. Der Umfang der Auswirkungen auf die internationale Weltordnung, das Ausmaß der damit verbundenen Instabilitäten und die Herausforderungen für das etablierte Normgefüge ließen sich allerdings nur bedingt vorhersehen.

Nullsummenspiel statt Multilateralismus

Die ersten 24 Monate seiner Amtszeit, die Aufkündigung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, der Rückzug aus dem

Pariser Klimaschutzabkommen von 2015, die einseitige Aufkündigung des JCPOA (*Joint Comprehensive Plan of Action*) mit dem Iran sowie die harsche Kritik gegenüber NATO-Partnern demonstrieren eine rein von kurzfristigen nationalen Interessen geleitete und auf die Erfüllung von Wahlkampfversprechen ausgerichtete Außenpolitik des Präsidenten. Die hohe Zahl an personellen Wechsels im außen- und sicherheitspolitischen Bereich wie auch die politische Positionierung der USA im multilateralen System der Vereinten Nationen (inklusive Rückzug aus dem VN-Menschenrechtsrat und Aufgabe der UNESCO-Mitgliedschaft sowie die Einstellung der Unterstützung für UNRWA) unterstreichen die von einer kurzfristigen Kosten-Nutzen-Rechnung geleitete Politik, deren Impulse primär aus dem inneren Zirkel des Präsidenten stammen.

Mit dem Einzug Trumps in das Weiße Haus und dem sukzessiven Rückzug der USA aus dem multilateralen Kontext der Vereinten Nationen scheint das Nullsummenspiel in den internationalen Beziehungen wieder salonfähig geworden zu sein. Damit steigt das Risiko für Konflikte und deren gewaltsame Austragung. Die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene, wertebasierte Weltordnung erodiert und der Rückzug der USA auf eine rein an vermeintlichen nationalen Interessen ausgerichtete Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik findet ihre Nachahmer. Dabei werden Fakten nachrangig und es dominieren an Emotionen appellierende, verkürzte und aus dem Zusammenhang gerissene Argumente.

Peking profitiert

Was die normative Dimension der internationalen Politik angeht, hinterlässt der Rückzug der USA ein Vakuum, das rasch von autokratischen Regimen und ihrem ganz eigenen Verständnis von Souveränität, Partizipation und Nicht-Einmischung gefüllt wird. Vor allem China versteht es geschickt, dieses Vakuum für die eigenen Interessen zu nutzen und Allianzen mit Gleichgesinnten zu schmieden. So hat beispielsweise auch der Einfluss Chinas auf die Ausgestaltung der Mandate von VN-Friedensmissionen zugenommen, sowohl was das finanzielle als auch was das personelle Engagement angeht. Während die USA ihren Finanzierungsanteil von VN-Friedensmissionen bereits 2018 von 28,5 auf 25 Prozent kürzten, hat China seinen Beitrag auf 10,25 Prozent aufgestockt und eine Milliarde US-Dollar pro Jahr für die nächsten fünf Jahre zugesichert. 8.000 Soldaten der Volksbefreiungsarmee wurden darüber hinaus von China für Friedensmissionen vorbereitet.

Nachahmungseffekt und Schadensbegrenzung

Die Schnittmenge des Gemeinsamen zwischen den USA und den transatlantischen Partnern ist kleiner geworden. Deshalb stellt sich die Frage, in welchen Bereichen und bei welchen multilateralen Initiativen eine Kooperation zukünftig noch

möglich sein wird bzw. inwieweit Deutschland und Europa in der Lage sein werden, den Rückzug der USA zu kompensieren.

Die Verhandlungen rund um das rechtlich nicht bindende Globale Abkommen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration zeigten bereits den Nachahmungseffekt, den der Ausstieg einer einflussreichen Nation wie der USA haben kann, und machten deutlich, wie kontrovers multilaterale Lösungen mittlerweile auch in Europa wahrgenommen werden.

Um die liberale Weltordnung und den Multilateralismus zu stärken, werden sich Deutschland und diejenigen in Europa, die noch zum EU-Wertekanon stehen, nicht nur auf die Suche nach neuen Partnern und Gleichgesinnten machen und strategische Allianzen durch Ad-hoc-Zusammenschlüsse ersetzen müssen. Es wird auch notwendig werden, sich von einem rein zwischenstaatlichen Ansatz zu lösen. Insbesondere die Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors sind stärker in den Dialog einzubinden und neue Partner sind weltweit zu identifizieren.

Bisher zahlen vor allem die Europäer den Preis für den Rückzug der USA und kompensieren deren Abstinenz in vielen Bereichen der multilateralen Zusammenarbeit. Gestaltungswille und Gestaltungskonzepte sind dabei allerdings noch unzureichend ausgeprägt und die politischen Antworten nach wie vor nur reaktiv.

Andrea Ellen Ostheimer ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in New York.

ISSN 0177-7521

35. Jahrgang

Ausgabe 1|2019 *kompakt*



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Klingelhöferstraße 23

10785 Berlin

Telefon (030) 269 96-33 83

Telefax (030) 269 96-53 383

www.auslandsinformationen.de

[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)

www.twitter.com/auslandsinfo

auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:

Sebastian Enskat

Redakteur:

Samuel Krug

Redaktion:

Thomas Birringer

Rabea Brauer

Dr. Peter Fischer-Bollin

Dr. Stefan Friedrich

Dr. Lars Hänsel

Frank Priess

Stefan Reith

Winfried Weck

Nils Wörmer

Unter Mitwirkung von:

Stella Hunger, Sophie Kriegel, Laura Kruse

und Oday Uraiqat

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement
günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein
Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informa-
tionen und Bestellungen wenden Sie sich bitte
an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank Bonn

IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00

BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:

Unser Titelfoto zeigt US-Präsident Donald Trump
und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer
gemeinsamen Pressekonferenz im Weißen Haus
in Washington D.C.

© Brian Snyder, Reuters.

Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Gestaltung / Satz:

racken GmbH, Berlin

